



LINKE & PIRATEN
Rathausfraktion
Wiesbaden

Jan Zombik

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0611 31-2465

Fax: 0611 31-5917

Email: jan.zombik@wiesbaden.de

Redebeitrag der Stadtverordneten Brigitte Forßbohm in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. März 2017 zu TOP 13: Integrationskonzept

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin, sehr geehrte Damen und Herren,

das Thema Wohnen war bei der Bürgerbeteiligung am Integrationskonzept für Geflüchtete in Wiesbaden ausdrücklich ausgenommen.

Zur Zeit leben etwa 2600 geflüchtete Menschen in 40 Gemeinschaftsunterkünften in Wiesbaden. Eine zeitlich unbegrenzte Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften ist in vielerlei Hinsicht problematisch. Vor allem den Bedürfnissen und Rechten geflüchteter Kinder kann dort nicht Genüge geleistet werden, wenn sie in einer eigentlich nicht kindgerechten Umgebung – und das für viele Monate oder sogar Jahre leben müssen (Vergleiche UNICEF-Studie „Kinder im Wartezustand“). Das Zusammenleben mit vielen fremden Menschen auf engem Raum, mangelnde Privatsphäre und fehlende Rückzugsorte, ein hoher Lärmpegel und schwierige hygienische Bedingungen haben negative Auswirkungen auf das Wohlergehen der Kinder, aber auch der Erwachsenen.

Es ist positiv zu bewerten, welche klare Aussagen zur Wohnsituation der Geflüchteten im Integrationskonzept gemacht werden: Demnach besteht ein Bedarf von 1500 Wohnungen für Geflüchtete im unteren Preissegment.

Eine klare Perspektive, wie die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften beendet werden kann, gibt es dort jedoch nicht. An mehreren Stellen wird betont, dass es keine Bevorzugung von Geflüchteten gegenüber Einheimischen geben soll. Dies ist für beide Gruppen wirklich kein Trost!

Wir begrüßen die Aussage, dass die Wohnungsbedarfe in den aktuellen Bebauungsplänen berücksichtigt werden sollen. Ohne eine massive Ausweitung des Baus von bezahlbaren Wohnungen – bitte erlauben Sie das Zitat – „werden die geflüchteten Menschen sehr lange in den Gemeinschaftsunterkünften leben müssen.“ Es wird auch davor gewarnt, dass dies eine erfolgreiche Integration gefährden könne und dass sich Konflikte innerhalb der Einrichtungen als auch im Verhältnis zur Nachbarschaft verstärken könnten.

Uns fehlt das klar formulierte Ziel, die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften zeitnah zu beenden.

Bei der Aufzählung der Beteiligten / zu Beteiligten fehlen uns die ehrenamtlichen Aktiven, die sich für die Integration der Geflüchteten als auch für die Verbesserung der Wohnsituation beispielweise durch Unterstützung bei der Wohnungssuche oder durch Wohnhilfeinitiativen einsetzen.

Es gilt das gesprochene Wort.